



# EWSA info

## Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss

Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft

März 2018 | DE

### Verfügbare Sprachfassungen:

bg cs da de el en es et fi fr hr hu it lt lv mt nl pl pt ro sk sl sv

### Grußwort



Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist mein letzter Leitartikel als EWSA-Vizepräsident für Kommunikation.

Im Rückblick waren es zweieinhalb Jahre voller Herausforderungen, Freuden wie Pflichten, aber auch mit vielen Sorgen.

Es ist nicht meine Aufgabe, über diese Amtszeit an der Spitze der Gruppe Kommunikation unseres Ausschusses Bilanz ziehen. Ich möchte jedoch ein paar Dankesworte an Sie alle richten.

Ich nehme meine Arbeit für den EWSA sehr ernst. Die Mitgliedschaft in dieser beratenden Einrichtung der Europäischen Union bietet die Gelegenheit, den Integrationsprozess in Europa und das europäische Aufbauwerk positiv zu beeinflussen.

Dem EWSA kommt heute wie vor 60 Jahren eine bedeutsame Rolle zu. Europa ist heute wie vor 60 Jahren der Weg zu Frieden und Wachstum, und die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen weiter aktiv an diesem einzigartigen Prozess teilnehmen.

Als Mitglied des EWSA stehe ich – so wie alle Mitglieder – meines Erachtens besonders in der Pflicht.

Ich vertrete hier meinen Branchenverband, den portugiesischen Unternehmerverband CIP, der mich in diese beratende Einrichtung der EU entsandt hat. Dies ist für mich eine Ehre und auch Grund, sehr stolz zu sein. Ich muss aber auch auf meine Verantwortung als einzelner Bürger der Europäischen Union hinweisen. Dieses Verantwortungsbewusstsein treibt mich jeden Tag an, bessere Arbeit zu leisten, ein

besseres Mitglied, ein besserer Bürger, ein besserer Mensch zu sein. Seitdem ich an den Arbeiten des EWSA teilnehme, ist diese Verantwortung zweifellos besonders klar hervorgetreten, und sie ist insbesondere in den letzten zweieinhalb Jahren an der Spitze der Kommunikation unseres Ausschusses noch gewachsen.

Aus diesem Grund habe ich meine Bemühungen ganz besonders darauf gerichtet, optimale Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Mitglieder unsere Tätigkeit im EWSA vermitteln und positiv herausstellen und ihrer Verantwortung als Vertreter der Zivilgesellschaft aller Mitgliedstaaten gerecht werden können.

Es gab, wie gesagt, viele Herausforderungen und Anlässe zur Freude. Aber auch viele Sorgen. Europa wurde in diesen letzten Jahren sehr stark infrage gestellt. Mit jeder Wahl ist die Besorgnis gewachsen und mit ihr auch das Befremden angesichts einiger Ergebnisse.

Wir sollten jedoch nicht in Befremden verharren, sondern versuchen, die Botschaft zu verstehen. Wir erleben gerade, wie in Europa extremistische Bewegungen entstehen, und können in dieser Debatte nicht außen vor bleiben. Wenn wir wirklich an das europäische Projekt glauben, müssen wir akzeptieren, dass alles, aber auch alles, was wir tun, die Zukunft Europas und unsere Vorstellungen davon beeinflussen kann.

Aus diesem Grund betone ich erneut, dass es unser Anliegen war, nicht nur die Institution „EWSA“ zu vermitteln, sondern die Arbeit des Ausschusses als Grundpfeiler der europäischen Integration zu kommunizieren. Und diese Arbeit leisten die Mitglieder – mit Unterstützung des Personals, dem ich hiermit für den überaus großen Einsatz während dieser Mandatsperiode danken möchte. Wir als Mitglieder müssen uns unser Rolle als Mitgestalter Europas stellen. Denn das ist unsere Verantwortung!

Und es soll nicht an fehlenden Kommunikationswerkzeugen liegen, wenn es darum geht, ihr gerecht zu werden.

Vielen Dank an alle für diese fantastische Amtszeit. Ich bleibe hier und bin stets bereit, Verantwortung zu übernehmen, um einen Beitrag zu einem Europa des Friedens, des Wachstums und der Verantwortung zu leisten, das durch die Rolle des EWSA und der organisierten Zivilgesellschaft gestärkt wird. Lasst uns keine Zeit verlieren!

Gonçalo Lobo Xavier

## Bitte vormerken

15/03/2018 - 16/03/2018

Brüssel

**Your Europe, Your Say!**

20/03/2018

Sofia, Bulgarien

**Europäischer Verbrauchertag**

10/04/2018

Brüssel

**Tag der Europäischen Bürgerinitiative 2018: Zusammen arbeiten**

18/04/2018 - 19/04/2018

Brüssel

**EWSA-Plenartagung**

## Kurz notiert

### In Vielfalt geeint: eine jüngere Zukunft für die europäische Kultur



Die Devise der Europäischen Union ist Teil des Mottos der neunten Ausgabe von „Your Europe, Your Say!“ (YEYS), die am 15. und 16. März 2018 stattfinden wird. Thema der Jugendplenartagung des EWSA ist das Europäische Jahr des Kulturerbes.

99 Schülerinnen und Schüler zwischen 16 und 18 Jahren werden vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) nach Brüssel eingeladen, um Empfehlungen zum europäischen Kulturerbe an die EU zu formulieren. Die aus den 28 EU-Mitgliedstaaten und den fünf Kandidatenländern stammenden Teilnehmer sollen Maßnahmen zum besseren Schutz und zur Förderung des europäischen Kulturerbes vorschlagen, von dem 300 000 direkte und 7,8 Mio. indirekte Arbeitsplätze abhängen.

Vor ihrer Reise nach Brüssel wurden die Jugendlichen in ihrer Klasse von einem EWSA-Mitglied besucht, das ihnen die EU, den EWSA und die Veranstaltung vorgestellt hat. In Brüssel werden die Arbeiten von EWSA-Präsident Georges Dassis, der Generalsekretärin von Europa Nostra, Sneška Quaedvlieg-Mihailović, und der jungen belgisch-griechischen Schauspielerin Daphne Patakia eröffnet. Dann tauschen die Schüler ihre Ideen aus, formulieren zehn Empfehlungen und wählen schließlich unter Nutzung der Abstimmungsanlage der Ausschussmitglieder die drei besten Vorschläge aus. EWSA-Vizepräsident Gonçalo Lobo Xavier moderiert die Sitzung.

[Die Jugendplenartagung 2018 „Your Europe, Your Say!“](#) bietet den Teilnehmern eine einzigartige Gelegenheit, sich mit anderen Jugendlichen auszutauschen und sich gleichzeitig über die EU und die Rolle des EWSA zu informieren. (dv)

### Die Zukunft der Demokratie in Europa ist unmittelbar mit einem friedlichen und föderalen Europa verknüpft



Die Zukunft der Demokratie in Europa stand im Zentrum einer zweitägigen, von EWSA-Präsident **George Dassis** veranstalteten europäischen Konferenz im Akropolis-Museum in Athen am 1./2. März. Vor zahlreichen engagierten Teilnehmern aus EU-Institutionen, der griechischen Regierung, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Universitäten plädierte Georges Dassis nachdrücklich für ein föderales und friedliches Europa, das sich für Solidarität und das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger starkmacht.

**„Der Populismus, der in den Staaten Europas gefährliche Ausmaße annimmt, kann mit Worten allein nicht bekämpft werden.** Die Europäische Union muss auf die Sorgen der Bürger in puncto Sicherheit, Arbeit für sie selbst und eine Zukunft für ihre Kinder praktische Antworten liefern“, so EWSA-Präsident Georges Dassis. „Wir wollen eine Union,

die gleiche Chancen für alle bieten kann. Um Populismus und die von den am stärksten benachteiligten Menschen in unseren Ländern empfundene Frustration zu bekämpfen, müssen wir jetzt soziale Aspekte in den Vordergrund rücken, ohne natürlich die EU-Wirtschaft Schiffbruch erleiden zu lassen.“

Georges Dassis forderte einen **rechenschaftspflichtigen und aus Wahlen hervorgehenden Europäischen Finanzminister**. Er erwähnte die kommenden Europawahlen und sprach sich deutlich für transnationale Listen aus. Damit könnte sichergestellt werden, dass die Meinungen der Bürger berücksichtigt würden, denn „andernfalls drehen sich die Wahlen um nationale, nicht um europäische Fragen“.

Auf einer Nebenveranstaltung der Konferenz erhielt Georges Dassis eine Auszeichnung des griechischen Wirtschafts- und Sozialrates (WSR) für sein Engagement und seine Unterstützung für den sozialen Dialog in Europa. (ks)

---

## Mehr Maßnahmen im EU-Recht erforderlich, um Rechte von Frauen mit Behinderungen zu garantieren



Frauen mit Behinderungen sollten über sie betreffende Angelegenheiten selbst entscheiden können und in öffentlichen Einrichtungen angemessen vertreten sein, erklärten Behindertenverbände auf einer Konferenz zum Thema „Frauen mit Behinderungen in der EU: aktuelle Lage und Möglichkeiten für Verbesserungen“ im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Die meisten Redner waren sich einig, dass Frauen mit Behinderungen stärker benachteiligt werden als Männer mit Behinderungen und trotz allen Fortschritts in der EU noch immer einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt sind. Es wurde betont, dass es keine spezifischen politischen Maßnahmen für Frauen mit Behinderungen gibt. Die Redner unterstrichen, dass auf EU-Ebene Rechtsvorschriften vorangetrieben werden müssen, mit denen speziell die Rechte von Frauen mit Behinderungen geschützt werden. Besonderes

Augenmerk müsse der Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen gelten, da sie eher Opfer häuslicher Gewalt würden. An der Konferenz nahmen auch Vertreter verschiedener Behindertenverbände sowie der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments teil. (mb/ia)

## Aktuelles

### Die Türkei spielt in der Flüchtlingskrise eine entscheidende Rolle, die aber noch optimiert werden kann



In einer [Stellungnahme](#), die in der Plenartagung im Februar verabschiedet wurde, würdigt der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** die Bemühungen der Türkei um die Aufnahme von mehr als drei Millionen Flüchtlingen, betont jedoch, dass sie diesen Menschen gemäß dem Völkerrecht Schutz ohne Diskriminierung der Person gewähren muss.

Der EWSA kritisierte, dass die Flüchtlinge in der Türkei mit beträchtlichen Hürden sowie Defiziten und Problemen auch bezüglich des Zugangs zum Arbeitsmarkt sowie zu grundlegenden Leistungen, wie beispielsweise zur gesundheitlichen Versorgung und Vorsorge, zur Bildung und allgemein zu Maßnahmen für soziale Integration konfrontiert sind.

Andererseits sind die Leistungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Umverteilung und Neuansiedlung der Flüchtlinge nach wie vor enttäuschend, betonte Berichterstatter **Dimitris Dimitriadis** und fügte hinzu, dass der EWSA die fremdenfeindliche Haltung einiger Mitgliedstaaten in der Flüchtlingskrise auf das Schärfste verurteilt.

Der EWSA fordere die Schaffung eines Mechanismus, mit dessen Hilfe überwacht werden kann, ob beide Seiten die Erklärung EU-Türkei zur Flüchtlingsfrage einhalten, die 2016 zur Eindämmung der irregulären Einwanderung geschlossen worden war.

Der EWSA zeigte sich zudem besorgt über den Stand der Menschenrechte in der Türkei sowie darüber, dass die Organisationen der türkischen Zivilgesellschaft, die doch einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der humanitären Situation der Flüchtlinge leisten, zunehmend in ihrer Arbeit behindert werden.

„Die Aufnahme so vieler Migranten ist eine große Herausforderung für ein Land, doch ändert dies nichts daran, dass ihnen ein menschenwürdiger Aufenthalt ermöglicht werden muss“, erklärten die EWSA-Mitglieder während der Aussprache über die Stellungnahme. (II)

---

### EWSA wird eingeladen, sich an Emmanuel Macrons Vorhaben einer europaweiten Bürgerbefragung zu beteiligen

Dem EWSA kommt bei den vom französischen Präsidenten vorgeschlagenen öffentlichen Konsultationen eine **entscheidende Rolle zu**. Denn die täglich vom EWSA ergriffenen Initiativen, die der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung Europas ein Mitspracherecht auf höchster Ebene ermöglichen, stehen grundsätzlich im Einklang mit der Idee, die den Konsultationen zugrunde liegt. Dies war die Botschaft der französischen Ministerin für europäische Angelegenheiten, **Nathalie Loiseau**, in ihrer Rede auf der Plenartagung des EWSA am 15. Februar in Brüssel.

Die Ministerin erläuterte das Vorhaben des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, in allen Mitgliedstaaten eine Reihe öffentlicher Konsultationen durchzuführen, um Europa auf der Grundlage der von der europäischen Bevölkerung formulierten



Erwartungen und Vorschläge, aber auch Kritikpunkte und Bedenken neu zu gestalten.

*„Es geht darum, den Unionsbürgern erneut die Chance zu geben, sich zu äußern, damit wir feststellen können, in welchen Bereichen die EU zu wenig präsent ist, in welchen sich die Menschen andere Maßnahmen der EU wünschen und in welchen die EU ihrer Ansicht nach vielleicht sogar zu stark eingreift“,* so die Ministerin.

Ziel ist es, über klassische Debatten, Online-Konsultationen und interaktive demokratische Veranstaltungen eine beträchtliche Zahl von Bürgern zu mobilisieren.

EWSA-Präsident **Georges Dassis** begrüßte die Initiative und verwies dabei auf zwei groß angelegte Konsultationen – mit derselben Philosophie –, die der EWSA im Laufe der letzten beiden Jahre in den Mitgliedstaaten der EU durchgeführt hat, die eine zur Lage der

Migranten und die andere zum Weißbuch zur Zukunft Europas.

Die Ministerin teilte mit, dass sich bereits 24 EU-Staaten bereit erklärt haben, an den Konsultationen teilzunehmen, die zwischen April und Oktober 2018 stattfinden sollen. Die Ergebnisse würden in die Analyse der Staats- und Regierungschefs einfließen, die die Empfehlungen auf dem Europäischen Rat im Dezember 2018 erörtern würden. (dm)

## Erfahrungen der Sparpolitik machen politischen Kurswechsel zwingend erforderlich



**Bei der Bewältigung künftiger Krisen muss eine stärkere Ausgewogenheit zwischen fiskalpolitischen und sozialen Zielen erreicht werden, um nachteilige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Arbeitsmärkte und die Sozialsysteme der betreffenden Mitgliedstaaten zu vermeiden.** Anstelle einer restriktiven Sparpolitik sollten die EU-Organe auf Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, von Wachstum und Solidarität setzen, so die Forderung des EWSA in seiner Initiativstellungnahme zum Thema [„Aus den Erfahrungen lernen: Härten der Sparpolitik in der EU vermeiden“](#).

„Die Organe der EU sollten allein für die Konzipierung und Durchführung von Anpassungsprogrammen verantwortlich sein, auch wenn Partnerschaften mit externen Institutionen eingegangen werden“, erklärte der Berichterstatter **José Leirião** (Gruppe Verschiedene Interessen, PT). „Dies ist unerlässlich, da sie unseren gemeinsamen Werten und Zielen entsprechen sollten und die Unzulänglichkeiten und Mängel der Vergangenheit vermieden werden müssen.“

und Zielen entsprechen sollten und die Unzulänglichkeiten und Mängel der Vergangenheit vermieden werden müssen.“

Mit Blick auf die Erfahrungen der jüngsten Krise müssen die EU-Organe dafür sorgen, dass die Sozialpartner und Vertreter der Zivilgesellschaft gleichberechtigt mit den anderen Gremien an der Konzipierung, regelmäßigen Überwachung und Bewertung dieser Programme beteiligt werden.

Der EWSA begrüßt das Bestreben der Kommission, den Euro-Raum in Bezug auf grundlegende Aspekte zu reformieren, etwa von der Sparpolitik abzugehen und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu vertiefen, da eine reformierte und vollständige WWU die EU widerstandsfähiger gegen asymmetrische Schocks machen und zur Vorbeugung künftiger Krisen beitragen wird.

Der EWSA fordert die Kommission jedoch auf, flankierende Programme zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung der Länder aufzustellen, die von Sparmaßnahmen betroffen sind bzw. waren, um gegen die Zunahme von Armut vorzugehen und den sozialen Schutz zu erhalten. (jk)

## EWSA unterbreitet Vorschläge für Verwirklichung von Cybersicherheit



**Die EU sollte das Mandat der ENISA als EU-Cybersicherheitsagentur stärken, einen europäischen Zertifizierungsrahmen festlegen und ihr Augenmerk auf die Kompetenzen und den Schutz der Internetnutzer richten.**

Auf seiner Plenartagung im Februar verabschiedete der EWSA eine von **Alberto Mazzola** und **Antonio Longo** erarbeitete [Stellungnahme](#), in der er den von der Europäischen Kommission vorgelegten [Rechtsakt zur Cybersicherheit](#) weitgehend unterstützt.

Laut einer Spezial-Eurobarometer-Umfrage zum Cybersicherheitsbewusstsein der Europäer sorgen sich 73 % der Internetnutzer um die Sicherheit online übertragener personenbezogener Daten bei der Nutzung von Websites, während 65 % befürchten, dass diese Daten von Behörden nicht sicher aufbewahrt werden. Die meisten Befragten haben die Sorge, Opfer der diversen Formen von Cyberkriminalität zu werden, vor allem von Malware (69 %), Identitätsdiebstahl (69 %) und Bankkarten- sowie Online-Banking-Betrug (66 %).

Im Hinblick auf den Ausbau des europäischen Cybersicherheitsrahmens schlägt der EWSA eine Reihe praktischer Maßnahmen vor.

- **Stärkung der ENISA als EU-Cybersicherheitsagentur**

Der EWSA teilt die Auffassung der Kommission, dass die **Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)** ein ständiges Mandat erhalten sollte. Er ist jedoch der Ansicht, dass die ENISA mehr finanzielle Ressourcen benötigt und ihre Tätigkeiten insbesondere auf elektronische Behördendienste und die digitale Identität für Personen und Organisationen ausrichten sollte.

- **Eine europäische Cybersicherheitszertifizierung**

Der EWSA befürwortet die Schaffung eines **EU-Cybersicherheitszertifizierungsrahmens**, der den Erfordernissen der

verschiedenen Sektoren gerecht wird. Zertifizierungssysteme dienen der Verbesserung der Sicherheit im Einklang mit dem aktuellen Bedarf und Bedrohungswissen und sollten auf international anerkannten europäischen Normen für Cybersicherheit und IKT gründen.

- **Der Faktor Mensch: Verbrauchererziehung und -schutz**

Der EWSA ist der Ansicht, dass die Kommission in ihrem Vorschlag die **Verbesserung der Cyberfähigkeiten** der Bürger und Unternehmen deutlicher ins Visier nehmen sollte, und empfiehlt drei Aktionsbereiche auf der Grundlage von lebenslangem Lernen und Schulungsprogrammen, Sensibilisierungskampagnen und der Aufstellung EU-zertifizierter Lehrpläne für Sekundarschulen und die Ausbildung von Fachkräften. (mp)

*Foto: Alberto Mazzola, EWSA-Berichterstatter, und Antonio Longo, EWSA-Mitberichterstatter für die Stellungnahme zum Rechtsakt zur Cybersicherheit.*

---

## **Die Reform des ESFS ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Vollendung der Kapitalmarktunion**



**Der EWSA befürwortet eine zügige Errichtung der Kapitalmarktunion und unterstützt deshalb die Vorschläge der Kommission, die darauf abzielen, die Einrichtungen des Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS) durch den Ausbau ihrer Kompetenzen und die Verbesserung ihrer Verwaltung und Finanzierung zu reformieren.**

„Die vorgeschlagenen Reformen sind ein wichtiger Schritt hin zu mehr Integration und Konvergenz“, erklärte **Daniel Mareels** (Arbeitgeber, BE), Berichterstatter für die [Stellungnahme zu den ESFS-Reformen](#). „Sie liefern neue Bausteine für die Vollendung der Kapitalmarktunion und gewährleisten gut regulierte, starke und stabile Finanzmärkte in der EU.“

Nach Ansicht des EWSA würde eine gut funktionierende Kapitalmarktunion mit einer integrierten Aufsicht zu mehr grenzüberschreitenden Markttransaktionen beitragen, und eine grenzüberschreitende private Risikoteilung würde die Mitgliedstaaten widerstandsfähiger gegen asymmetrische Schocks machen und die wirtschaftliche Erholung im Euro-Währungsgebiet fördern.

Der EWSA ist der Auffassung, dass die Reformen des ESFS zur Einrichtung einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde für die europäischen Kapitalmärkte beitragen müssen, dass aber für weitere Schritte hin zur Integration der Dialog und die Konsultation aller Interessenträger erforderlich sind.

Bei der Festlegung der Befugnisse nationaler und europäischer Aufsichtsbehörden dringt er darauf, wo immer möglich die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit anzuwenden sowie Klarheit und Rechtssicherheit zu gewährleisten. Zudem sollten Mängel bei der Aufsicht, die der Einführung der Kapitalmarktunion im Wege stehen, angegangen werden.

Mit Blick auf die Zukunft sollten in dem Aufsichtssystem neue Entwicklungen und Technologien – wie Fintech – sowie eine nachhaltigere Finanzierung berücksichtigt werden. Schließlich müssen etwaige Änderungen transparent vorgenommen werden, und es ist eine angemessene Kontrolle der Gesamtressourcen angezeigt. (jk)

---

## **EWSA fordert mehr öffentliche Investitionen zur Kräftigung des Wirtschaftswachstums in der EU**



**In seiner vor Kurzem verabschiedeten Stellungnahme zum Jahreswachstumsbericht der Kommission für 2018 weist der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) auf die strategische Bedeutung des Europäischen Semesters hin, spricht sich zugleich aber für dessen zweckgerichtete Ausweitung aus, um zu erreichen, dass makroökonomische Maßnahmen der EU nicht nur in wirtschaftlicher und sozialpolitischer, sondern auch in umweltpolitischer Hinsicht nachhaltig sind.**

Der Ausschuss begrüßt die Aufnahme sozialer Indikatoren – des „sozialpolitischen Scoreboards“ – in den Jahreswachstumsbericht 2018, weil damit der sozialen Dimension des Europäischen Semesters größere Bedeutung verliehen wird.

„Der EWSA spricht sich dafür aus, im Europäischen Semester die europäische Säule sozialer Rechte zu unterstützen, so dass diese zu einem Hebel zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger wird. Die Ziele der Säule sollten in die Maßnahmen und Beschlüsse der EU mit einfließen“, so der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Dimitris Dimitriadis**.

Der Ausschuss bekräftigte, dass er auch weiterhin zu dem Semester beitragen will, unterstrich jedoch auch die Notwendigkeit einer **stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft** und einer **Erhöhung der öffentlichen Investitionen**.

Die Investitionen der öffentlichen Hand sollten auch mehr Sozialinvestitionen in Maßnahmen umfassen, die der Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung, der öffentlichen Dienstleistungen, der Betreuungsinfrastruktur und des sozialen Zusammenhalts in der EU dienen, um zur Entwicklung des Humankapitals, zur Qualifizierung der Arbeitskräfte und zu einer starken sozialen Dimension beizutragen.

Allerdings mahnte der EWSA einen nicht-systemischen Ansatz für Strukturreformen an, die nur bei Bedarf durchgeführt werden sollten. (ll)

*Im Bild: Dimitris Dimitriadis, EWSA-Berichterstatter*

---

## **Die EU muss ihrer Medizintechnik-Branche helfen**



**Die europäischen Institutionen müssen Führungsstärke beweisen und die medizintechnische Industrie in Europa voranbringen, deren Leistungsfähigkeit derzeit unter übermäßiger Fragmentierung und zunehmendem Wettbewerbsdruck leidet - das war die Botschaft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) auf seiner Plenartagung am 14. Februar 2018.**

In seiner Stellungnahme „[Industrieller Wandel im Gesundheitswesen](#)“ warnt der EWSA vor den Wettbewerbern, die bereits an Europas Tür klopfen. Durch Handelsverhandlungen muss die EU deshalb dafür sorgen, dass die Produktion in Europa für die Erbringung einer universellen Gesundheitsversorgung Schritt halten kann.

„Es ist an der EU, zur Optimierung der Medizintechnik-Branche die Initiativen innerhalb der Länder und Regionen zu bündeln und dafür zu sorgen, dass sie auf dem Weltmarkt bestehen kann. Regierungen in Europa, Versicherungen, Regulierungsbehörden, Vertreter der Patienten und der medizinischen Berufe sowie die Industrie müssen sich zusammensetzen und eine gemeinsame Strategie entwickeln“, erklärt Berichterstatter [Joost van Iersel](#).

„Und ohne den Faktor Mensch geht gar nichts“, ergänzt Ko-Berichterstatter [Enrico Gibellieri](#). „Der Übergang zu einer neuen Gesundheitsversorgung und Pflege erfordert Aufgeschlossenheit und neue Formen der Professionalität sowie eine Umgestaltung der Arbeit in den Bereichen Gesund und Pflege. Der soziale Dialog auf europäischer Ebene im Gesundheitswesen und in den sozialen Diensten sollte mit Blick auf geeignete Aus- und Fortbildungsprogramme und verbesserte Arbeitsbedingungen weiter gestärkt werden.“

Die Medizintechnik als Branche prosperiert und befindet sich nach wie vor in einer führenden Position, muss jetzt aber auch ihre derzeitigen Probleme angehen, darunter die unfairen Handelspraktiken und die große Zersplitterung, damit sich die Branche in einem Umfeld des stetigen Wandels schnell anpassen kann. (sma)

---

## [Klimaschutz: nichtstaatliche Akteure ins Blickfeld rücken](#)



In seiner Stellungnahme zu [Klimaschutzmaßnahmen nichtstaatlicher Akteure](#) schlägt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) einen europäischen Dialog vor, der vor allem zum Ziel hat, einem breiten Spektrum nichtstaatlicher Akteure Anreize zu bieten, sich im Klimaschutz zu engagieren und daraus das neue *Business-as-usual* zu machen.

„Es gibt bereits viele kleine Projekte, u. a. im Energie- und Verkehrsbereich, in der Land- und Forstwirtschaft, die wir stärker ins Blickfeld rücken und unterstützen müssen, durch eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften, einen besseren Zugang zu Finanzierung usw. Es ist wichtig, diesbezüglich ein klares und positives Signal an die kleinen Unternehmen und die Zivilgesellschaft zu senden“, betonte der Berichterstatter, [Mindaugas Maciulevičius](#).

Laut einer vom EWSA durchgeführten Umfrage sehen die nichtstaatlichen Akteure die nachstehenden Aspekte als besonders dringlich an:

- Fördermaßnahmen und ein unterstützendes rechtliches Umfeld;
- Zugang zu öffentlichen Mitteln und steuerliche Anreize;
- Wissens- und Erfahrungsaustausch und Kapazitätenaufbau;
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen privaten und öffentlichen Akteuren.

„Trotz ihrer starken globalen Führungsposition fehlt der EU ein interner Förderrahmen für Klimaschutzmaßnahmen nichtstaatlicher Akteure“, fügte Mitberichterstatter [Josep Puxeu Rocamora](#) hinzu, „und es ist unsere Aufgabe, die Europäische Kommission an ihre diesbezügliche Verantwortung zu erinnern.“

Der europäische Dialog sollte auf die Bedürfnisse der nichtstaatlichen Akteure ausgerichtet sein, vorrangig die strategische Verknüpfung der bestehenden Programme, Initiativen und Institutionen fördern und einen Überblick über Klimaschutzmaßnahmen geben. Als erster Schritt zur Lancierung des europäischen Dialogs sollte 2018 ein Treffen aller einschlägigen Netzwerke von Interessenträgern sowie der Vertreter der anderen EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten einberufen werden. (sma)

---

## [EWSA: Vorschlag der Kommission zum freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der EU geht nicht weit genug](#)



Der [Vorschlag](#) der Europäischen Kommission ist überfällig, es fehlt ihm jedoch an Ehrgeiz, Konsequenz und überzeugenden Mitteln für seine effektive Umsetzung.

In seiner [Stellungnahme](#) zum freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der EU, die von [Jorge Pegado Liz](#) ausgearbeitet und auf der Plenartagung am 15. Februar 2018 verabschiedet wurde, nimmt der EWSA eine ablehnende Haltung zu dem Ansatz der Europäischen Kommission ein.

Der Ausschuss weist darauf hin, dass eine Rechtsetzungsinitiative zum freien Verkehr nicht personenbezogener Daten eine Grundvoraussetzung für die Ziele der digitalen Agenda und die Verwirklichung des digitalen Binnenmarkts ist.

Der EWSA ist jedoch der Ansicht, dass die Kommission nicht genug für die Erreichung der drei wichtigsten Ziele unternimmt, und kann folglich den Vorschlag in seiner derzeitigen Fassung nicht befürworten. „Dieser Vorschlag geht an den grundlegenden Zielen vorbei“, so [Pegado Liz](#). „Er muss Teil eines umfassenderen Ansatzes sein und ist lediglich als ein erster Schritt bei der künftigen Entwicklung ehrgeizigerer Verfahren zur effektiven Verwirklichung eines freien Verkehrs nicht personenbezogener Daten im digitalen Binnenmarkt der EU zu sehen.“

- **Datenlokalisierungsaufgaben**

Ziel 1: Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität nicht personenbezogener Daten im Binnenmarkt.

- **Verfügbarkeit von Daten für zuständige Behörden**

Ziel 2: Gewährleistung, dass die Befugnisse der zuständigen Behörden, zu ordnungspolitischen Kontrollzwecken (wie Überprüfungen und Audits) Zugang zu Daten zu verlangen und zu erhalten, unberührt bleiben.

- **Übertragbarkeit von Daten für berufliche Nutzer**

Ziel 3: Erleichterung des Anbieterwechsels und der Übertragung von Daten für die beruflichen Nutzer von Datenspeicherungs- oder sonstigen Datenverarbeitungsdiensten. (mp)

Foto: Jorge Pegado Liz, Berichtersteller des EWSA für die Stellungnahme zum freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der EU

---

## **Niemand wird zurückgelassen: EWSA setzt sich für Etablierung der Kreislaufwirtschaft ein**



Bei der Eröffnung der Konferenz der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft in der Europäischen Kommission am 20. Februar nannte EWSA-Präsident **Georges Dassis** den **Übergang in eine Kreislaufwirtschaft eine große Chance für die Zivilgesellschaft**. *"Auf lokaler Ebene hat die Entwicklung bereits begonnen... Allerdings muss eine breite Akzeptanz erreicht werden. Niemanden dabei zurückzulassen, ist eines der Ziele der Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft, einem wichtigen Forum, in dem diese gemeinsame Vision vom Übergang in eine nachhaltige europäische Kreislaufwirtschaft entsteht."*

Am zweiten Tag der Konferenz, die vom EWSA ausgerichtet wurde, lag der Schwerpunkt auf Ideen und Aktionen aus ganz Europa, mit denen kleine und mittlere Unternehmen (KMU), sozialwirtschaftliche Unternehmen, Arbeitnehmer, Landwirte, Hersteller und Verbraucher die Kreislaufwirtschaft auf lokaler Ebene etablieren.

Der EWSA lud über **300 Teilnehmer** zu **16 parallel stattfindenden Workshops** ein, bei denen sie **ihr Wissen und bewährte Verfahren austauschen** und **Hindernisse**, die der Entwicklung der Kreislaufwirtschaft entgegenstehen, **thematisieren** konnten.

Diskutiert wurden u. a. **Reparierbarkeit** und eine **umweltgerechte Gestaltung**, die Rolle von **Abfällen**, eine **erweiterte Herstellerverantwortung**, das Konzept der Kreislaufwirtschaft in der **Ernährungs- und Forstwirtschaft**, eine **Kreislaufwirtschaft auf globaler Ebene**, ihre **Beschäftigungsdimension**, eine **umweltverträgliche Finanzierung**, die Schaffung einer **Problemlösungsgemeinschaft** sowie die **KMU** und die Kreislaufwirtschaft.

Aus den Diskussionen ging hervor, dass **die Zeit drängt** und die **Einbindung aller Akteure erforderlich** ist. Die Kreislaufwirtschafts-Community muss möglichst inklusiv sein und **praktische Erfahrungen müssen weitestmöglich ausgetauscht werden, um einen Multiplikatoreffekt zu erzielen**.

Die Hauptaufgaben des EWSA bestehen darin, über die Verwaltung der Website und den Aufbau einer partnerschaftlich zusammenarbeitenden und engagierten Interessengruppengemeinschaft das Tempo zu beschleunigen und ein möglichst breit gestreutes Kräftespektrum zu mobilisieren.

Ein ausführlicher Bericht mit den Hauptergebnissen der Konferenz wird bald auf der Website der [Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft](#) veröffentlicht werden. (dm)

---

## **Der EWSA fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, die WWU möglichst rasch zu vollenden**



**Die Mitgliedstaaten müssen unbedingt für eine stabile, wohlhabende und widerstandsfähigere WWU sorgen. Dafür sind weitere Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene erforderlich, so eine der wichtigsten Schlussfolgerungen der öffentlichen Debatte über die Vollendung der WWU, die unlängst im EWSA stattfand.**

Wirtschaftsexperten sowie Vertreter der Institutionen und der Zivilgesellschaft sind sich darüber einig, dass angesichts der derzeitigen Herausforderungen und der Erfahrungen aus den vergangenen Krisen die WWU unbedingt reformiert und vollendet werden muss. Die derzeitige unionsweite wirtschaftliche Erholung und die wachsende Unterstützung für die EU seitens der Bürgerinnen und Bürger bieten eine hervorragende Gelegenheit hierfür.

Im Hinblick auf die Vollendung der WWU hielten die Teilnehmer an der Debatte eine rasche Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion für besonders wichtig. Sie forderten die Mitgliedstaaten und die Kommission nachdrücklich auf, die Tragfähigkeit der künftigen Finanzen sicherzustellen und bei den künftigen Entscheidungen über die WWU das richtige Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität zu finden.

Es wurden vier Mittel präsentiert, um die Wirkung interner Strukturreformen rasch zu maximieren: eine gemeinsame makroökonomische Strategie für den Euroraum zur Abfederung asymmetrischer Schocks, ein gemeinsamer Ansatz für Kapitalinvestitionen und Innovation auf mikroökonomischer Ebene, ein Haushalt für den Euroraum zur Finanzierung bestimmter europäischer Kollektivgüter und ein wirksamerer und rechenschaftspflichtiger institutioneller Rahmen für den Euroraum, damit dieser z.B. einen Finanzminister erhält.

Die EWSA-Berichtersteller **Mihai Ivaşcu** (Verschiedene Interessen) und **Stefano Palmieri** (Arbeitnehmer) werden die Ergebnisse der Debatte in ihre [Stellungnahme](#) zum [WWU-Paket](#) der Kommission einfließen lassen, über die im kommenden April abgestimmt wird. (jk)

## [EWSA auf dem Europäischen Industrietag](#)



**„Die europäische Industrie steht vor gewaltigen Herausforderungen, die kein einziger Mitgliedstaat allein bewältigen kann. Doch bieten sich auch enorme Chancen. Wir müssen sie ergreifen, um unsere Führungsrolle dort, wo wir sie haben, zu behaupten und dort, wo wir sie fast an Wettbewerber verloren haben, zurückzuerlangen“.**

Dieser Weg wird jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn alle 28 Mitgliedstaaten zusammen und nicht getrennt voneinander agieren. Daher fordere ich die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die zahlreichen politischen Maßnahmen zu einer einzigen langfristigen Strategie zu bündeln und unsere Länder auf ein kohärentes Vorgehen zur Förderung grenzüberschreitender Industriecluster einzuschwören“, betonte EWSA-Vizepräsident

[Gonçalo Lobo Xavier](#) auf dem Europäischen Industrietag.

In seiner am 15. Februar verabschiedeten Stellungnahme **Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie** fordert der EWSA außerdem die Vollendung des Binnenmarkts, einschließlich des Kapitalmarktes. Besonders wichtig ist es, die Standardisierung und Selbstregulierung auszubauen.

„Die kohlenstoffarme Kreislaufwirtschaft eröffnet viele Geschäftsmöglichkeiten. Um sie zu ergreifen, brauchen wir einen gemeinsamen Rahmen und eine längerfristige Strategie sowie die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten zu einem kohärenten Vorgehen. Außerdem benötigen unsere Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen. Daher muss die Kommission entschlossen gegen unlautere Handelspraktiken vorgehen“, betonte der Berichterstatter der Stellungnahme, [Bojidar Danev](#).

Da sich die Struktur des Arbeitsmarktes dramatisch verändern wird, fordert der EWSA angemessene Bewertungen, um mögliche negative Auswirkungen auf die Beschäftigten zu vermeiden. Lösungen für das Lernen am Arbeitsplatz sollten viel stärker angewandt werden, damit alle Arbeitnehmer ihre Fähigkeiten und digitalen Kompetenzen ausbauen können.

„Die Menschen müssen im Mittelpunkt des Wandels stehen“, betonte die Mitberichterstatterin der Stellungnahme, [Monica Sitarová Hrušková](#). „Es ist wichtig, dass die Möglichkeiten der neuen Technologien nicht nur zur Schaffung neuer Produkte, sondern auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten genutzt werden“. (sma)

*On the photo: Gonçalo Lobo Xavier, EWSA-Vizepräsident*

## **Aktuelles aus den Gruppen**

### [Arbeitgeber erörtern Maßnahmen zur Schließung der Qualifikationslücken](#)



*von der Gruppe Arbeitgeber*

**Die Gruppe Arbeitgeber veranstaltet am 22. März gemeinsam mit großen bulgarischen Arbeitgeberverbänden eine Konferenz in Sofia (Bulgarien) zum Thema „Die Qualifikationslücken schließen - Wachstum und Beschäftigung fördern: die Perspektive der Wirtschaft“. Die Podiumsteilnehmer werden bewährte Verfahren austauschen und konkrete Lösungen zur Schließung der Qualifikationslücken erörtern. Die Veranstaltung findet im Rahmen des bulgarischen EU-Ratsvorsitzes statt.**

Was sind die Ursachen für die gegenwärtige Diskrepanz zwischen Qualifikationsangebot und -bedarf? Wie können wir genau die Qualifikationen fördern, die in der wissensbasierten Wirtschaft benötigt werden? Wie können die Bildungssysteme an die Herausforderungen von heute angepasst werden? Wie sollten die erforderlichen Reformen gestaltet sein? Was sollte auf europäischer und nationaler Ebene getan werden? Dies sind nur einige der Fragen, auf die die Konferenzteilnehmer Antworten suchen werden. An der Konferenz werden Redner von nationalen und europäischen Arbeitgeberorganisationen, der bulgarischen Regierung und des bulgarischen Parlaments sowie von EU-Agenturen teilnehmen.

Der Fachkräftemangel bereitet den europäischen Unternehmen zunehmend Probleme. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hängt von qualifizierten Arbeitnehmern ab. Vierzig Prozent der Arbeitgeber haben Schwierigkeiten, Mitarbeiter mit den Qualifikationen zu finden, die sie für Wachstum und Innovationen benötigen. Gleichzeitig können 70 Millionen Europäerinnen und Europäer nicht richtig lesen und schreiben, noch mehr verfügen über schlechte Rechen- und digitale Kompetenzen. (lj)

## [Gabriele Bischoff zum Internationalen Frauentag](#)



**Am Internationalen Frauentag feiern wir die Frauen und denken nicht nur daran, was wir bereits erreicht haben, sondern auch daran, was noch vor uns liegt. In diesem Jahr nimmt die Gruppe Arbeitnehmer insbesondere die Männer in den Fokus. Warum ein Fokus auf den Männern an einem Tag, der den Frauen gewidmet ist? Weil es bei der Gleichstellung nicht nur um die Frauen geht. Wenn wir es nicht schaffen, dass auch die Männer mitziehen, werden wir nie eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen.**

In der Europäischen Union nehmen durchschnittlich nur 10 % der Männer Vaterschafts- bzw. Elternurlaub. In einigen Mitgliedstaaten liegt dieser Anteil sogar bei nur 5 %. Die Frauen tragen die Hauptlast bei der Betreuung von Kindern und anderen abhängigen Personen und leisten zudem den Großteil der Arbeit im Haushalt. Solange wir nichts gegen diese Stereotypen unternehmen, werden wir nie zu Gleichstellung gelangen.



Der Vorschlag der Europäischen Kommission für Rechtsvorschriften zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige würde hierzu gewiss einen Beitrag leisten. Damit würde der Anspruch für Väter auf bezahlten Vaterschaftsurlaub bei der Geburt eines Kindes eingeführt. Außerdem würde **bezahlter** Elternurlaub eingeführt. Schon heute können Eltern Elternzeit nehmen, bis das Kind 8 Jahre alt ist, dabei handelt es sich aber nicht unbedingt um bezahlten Elternurlaub. Vor allem aus diesem Grund machen so wenige Männer von dieser Möglichkeit Gebrauch. Die Kommission schlägt vor, dass der Elternurlaub bezahlt wird und bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes in Anspruch genommen werden kann. Außerdem wird ein neuer Anspruch auf fünf Tage bezahlte Pflegefreistellung vorgeschlagen.

Diesen Mehrwert bietet Europa: Es werden gemeinsame Mindeststandards festgelegt. Es ist unser Europa – sozial, gerecht und demokratisch.

Am 8. März denke ich immer an das schöne Lied unserer Bewegung:

Brot und Rosen: Gebt uns das Brot, doch gebt die Rosen auch. In diesem Jahr fordern wir noch dazu: Gebt uns auch die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

#IwantWorkLifeBalance

Mit solidarischen Grüßen

Gabriele Bischoff ist die Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA.

## Die Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA ruft zu Innovationen in der Zivilgesellschaft auf



### **von der Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA**

In einer **außerordentlichen Sitzung** der Gruppe Verschiedene Interessen wurde am 15. Februar eine Studie zum Thema ***Die künftige Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Europäischen Union bis 2030*** vorgestellt. Der EWSA hatte das Centre for information service, co-operation and development of NGOs (**CNVOS** - Slowenien) und das European Network of National Civil Society Associations (**ENNA**) mit der Durchführung der Studie beauftragt.

Die Studie sollte ein besseres Verständnis der aktuellen Entwicklungen in europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft ermöglichen, vor welchen Herausforderungen sie stehen, wie sie von diesen Herausforderungen beeinflusst werden und wie sie darauf reagieren können.

Die Studie sowie die Podiumsteilnehmer – darunter Ramón Luis Valcárcel Siso, Vizepräsident des Europäischen Parlaments mit Zuständigkeit für die Beziehungen zu EWSA und AdR – und die Teilnehmer der Veranstaltung stellten klare und ermutigende Signale heraus: in erster Linie die Bereitschaft der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, sich für die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankerten europäischen Werte (Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte) zu engagieren und diese einzuhalten und das europäische demokratische System zu erhalten und weiterzuentwickeln, in dem die zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer Rolle als Vermittler zwischen Bürgern und Institutionen als Klebstoff unserer Gesellschaften fungieren.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern und verteidigen unsere europäischen Grundwerte. Sie schaffen und festigen Identität, Vertrauen und Solidarität. Um zu gewährleisten, dass sie sich an Veränderungen und Herausforderungen anpassen können und in der Lage sind, auch weiterhin ihre Vermittlerrolle wahrzunehmen und am Beschlussfassungsprozess mitzuwirken, muss eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt werden. Innovative Arbeitsmethoden sollten entwickelt werden, wobei der Schwerpunkt vornehmlich auf die Diversifizierung der Finanzierungsquellen, die Anpassung der Managementstrategien und die Konzipierung neuer Dienste im Zusammenhang mit politischer Bildung, Medienkompetenz und Faktencheck in Bezug auf Medienberichte gelegt werden sollte. (ih)



## **Demnächst im EWSA/Kulturveranstaltungen**

### Das kyrillische Alphabet - das neue Alphabet in der Europäischen Union

Im Rahmen des bulgarischen EU-Ratsvorsitzes wird im EWSA vom 15. März bis 24. Mai 2018 die Ausstellung „Das kyrillische Alphabet – das neue Alphabet in der Europäischen Union“ zu sehen sein. Die Ausstellung besteht aus einer Reihe von Postern, die Studierende der Fakultät für Buch- und Druckgrafik der bulgarischen nationalen Kunstakademie 2007 anlässlich des EU-Beitritts Bulgariens geschaffen haben. (ck)



## Redaktion:

Eleonora Di Nicolantonio (edn)  
Daniela Marangoni (dm)

## Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Chrysanthi Kokkini (ck)  
Daniela Marangoni (dm)  
Daniele Vitali (dv)  
Indre Anskaityte (ia)  
Isabelle Henin (ih)  
Jasmin Kloetzing (jk)  
Katerina Serifi (ks)  
Laura Lui (ll)  
Leszek Jarosz (lj)  
Marco Pezzani (mp)  
Margarida Reis (mr)  
Margarita Gavanis (mg)  
Maria Bofill (mb)  
Siana Glouharova (sg)  
Silvia M. Aumair (sma)

## Gesamtkoordinierung:

Agata Berdys (ab)  
Katerina Serifi (ks)

## Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Jacques Delors Building,  
99 Rue Belliard,  
B-1040 Brussels, Belgium  
Tel. (+32 2) 546.94.76  
E-Mail: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen. EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

Nächste Ausgabe: April 2018

März 2018/3

04-2018